



Nr. 29

8. August 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb-Chef im Interview

[Beamtenbund widerspricht Linnemann: Lehrer müssen Beamte bleiben](#)

dbb begrüßt Rentenbeschlüsse

[Geyer: „Die Mütterrente III bringt Gerechtigkeit!“](#)

dbb jugend

[Fandrejewski fordert generationengerechte Lösungen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Einkommensrunde TVöD: Endlich grünes Licht für die Auszahlung](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[dbb m-v und DSTG kritisieren geplante Änderungen in der Finanzverwaltung](#)

Nordrhein-Westfalen

[„Wer das Berufsbeamtentum in Frage stellt, will einen anderen Staat“](#)

Sachsen-Anhalt

[Bildung ist und bleibt hoheitlich](#)

Thüringen

[Plädoyer für Beamte in allen hoheitlichen Bereichen](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Nach Spendenaktion: Reiß von Anteilnahme überwältigt](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Schattenwirtschaft umfassend bekämpfen!](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bundesverfassungsgericht stellt Polizeiarbeit zur Terrorbekämpfung sicher](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Die Geister, die sie riefen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



dbb-Chef im Interview

Beamtenbund widerspricht Linnemann: Lehrer müssen Beamte bleiben

Im Interview mit dem Staatsanzeiger betont dbb-Chef Volker Geyer die Bedeutung des Berufsbeamtentums und wendet sich gegen unsinnige neue „Reforminitiativen“ aus SPD und CDU.

„Ich möchte nicht Verhältnisse haben wie in Amerika, wo ein Präsident alle auf einmal raus-schmeißen und den gesamten Staatsapparat umbauen kann“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, dem Staatsanzeiger (Online-Ausgabe vom 1. August 2025). Das Berufsbeamtentum stelle sicher, dass der Staat systemrelevante Aufgaben zuverlässig erledigen kann – stets im Sinne der Gesellschaft, stets im Sinne der Allgemeinheit. Es passe „zu 150 Prozent in die Zeit“ und fungiere nicht zuletzt als „Bollwerk gegen Extremismus“.

Den jüngsten Vorschlag von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, Lehrer und andere Berufsgruppen zukünftig nicht mehr zu verbeamen, wies Geyer deshalb zurück: „Erstens ist Bildung unserer Auffassung nach einer zutiefst hoheitlichen Aufgabe. Zweitens spart der Staat durch die Entbeamtung bestimmter Berufsgruppen doch gar kein Geld. Im Gegenteil, die Bruttobesoldung müsste kurzfristig erhöht, Arbeitgeberanteile für die Rentenversicherung aufgebracht und Mittel für die Zusatzversorgung der dann angestellten Lehrerinnen und Lehrer bereitgestellt werden. Und will Herr Linnemann drittens wirklich Streiks an deutschen Schulen? Wir wollen das jedenfalls nicht.“

Auf die Frage, was er von dem Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) halte, Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, stellte der dbb-Chef klar: „Davon hätte niemand etwas, nicht die Rentenversicherung und nicht der Staat, der seine Beamten kostspielig nachversichern müsste. Für mich ist der Vorstoß von Frau Bas ein Angriff auf das Berufsbeamtentum. Ich kann die Bundesregierung nur davor warnen, diesen Weg zu gehen. Das wird auf unseren erbitterten Widerstand stoßen!“

Geyer verwies darauf, dass zwei Drittel der Beamtinnen und Beamten einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss haben. Ihre Erwerbsbiografien seien in der Regel nicht unterbrochen. Und beim Vergleich der Pensionen und Renten werde ausgeklammert, dass Arbeitnehmende meistens – ganz im Gegensatz zu verbeamteten Beschäftigten – zusätzlich eine Betriebsrente erhalten. „Wenn Sie das alles berücksichtigen, dann schrumpft der Abstand zwischen Beamtenpension und Rente so sehr, dass am Ende kaum noch ein Unterschied bleibt.“ ([Zum Interview](#))

dbb begrüßt Rentenbeschlüsse

Geyer: „Die Mütterrente III bringt Gerechtigkeit!“

Das Bundeskabinett hat ein milliardenschweres Rentenpaket auf den Weg gebracht – und beseitigt damit eine große Ungerechtigkeit.

„Es war schon lange nicht mehr vermittelbar, wieso Kindererziehungszeiten bei der Berechnung der Rente abhängig vom Geburtsdatum unterschiedlich bewertet wurden“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 6. August 2025 in Berlin mit Blick auf das Rentenpaket des Bundeskabinetts. „Endlich wird diese Ungerechtigkeit beseitigt!“

Mit der „Mütterrente III“ setzt die Bundesregierung die rentenrechtliche Bewertung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder mit der für nach 1991 geborene Kinder

gleich. Künftig werden jeweils drei Jahre berücksichtigt, bislang waren es bei älteren Kindern lediglich zweieinhalb Jahre.

Außerdem soll mit dem Gesetz das Rentenniveau bis 2031 bei 48 Prozent festgeschrieben werden. Geyer: „Die gesetzliche Rente braucht Stabilität. Die Menschen müssen wissen, dass sie für ihre Beiträge auch entsprechende Rentenansprüche erwerben. Sonst verliert das System an Akzeptanz. Deshalb ist es ganz entscheidend, das Rentenniveau auch über 2031 hinaus stabil zu halten.“



Die Finanzierung der Maßnahmen über Steuermittel ist sachgerecht, betonte der dbb-Chef. Viel zu lange seien gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Mitteln der Rentenversicherung finanziert worden.

Hintergrund: Das Bundeskabinett hatte am 6. August 2025 den Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten beschlossen. Damit setzt sie erste rentenrechtliche Festlegungen aus dem Koalitionsvertrag um.

dbb jugend

Fandrejewski fordert generationengerechte Lösungen

Der Chef der dbb jugend sieht große Belastungen auf die junge Generation zukommen und weist auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Der Anteil junger Menschen in Deutschland ist weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Dies geht aus aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor. Demnach waren zum Ende des Jahres 2024 lediglich 8,3 Millionen Menschen 15 bis 24 Jahre alt. Das entspricht einem Anteil von etwa zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung.

„Der demografische Wandel führt dazu, dass immer weniger junge Menschen die Renten von immer mehr alten Menschen erwirtschaften müssen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 7. August 2025 in Berlin. „Außerdem führt er dazu, dass junge Menschen bei den Wahlen weniger Einfluss haben. Trotzdem darf die Politik ihre Interessen nicht aus dem Blick verlieren, diesen Eindruck habe ich mitunter.“

Aktuell sieht der Vorsitzende der dbb jugend die junge Generation stark belastet, auch wegen der aufgenommenen Rekordschulden. „Wir brauchen Lösungen, die für alle Generationen fair sind. Dazu gehört für mich, dass die junge Generation ebenfalls Aussicht auf eine sichere Rente hat. Man muss nicht sofort mit der Brechstange ans System gehen. Viele kleine Schritte können ebenso zu einem zukunftsfähigen Rentensystem beitragen, zum Beispiel mithilfe von kapitalgedeckten Modellen.“

Forderungen, Beamtinnen und Beamte in die Gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, erteilte Fandrejewski eine klare Absage: „Der Staat müsste alle Beamtinnen und Beamten kostspielig nachversichern. Dadurch sparen wir nichts, auch nicht im Sinne der jungen Generation. Neiddebatten bringen uns an dieser Stelle nicht weiter!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Einkommensrunde TVöD: Endlich grünes Licht für die Auszahlung

Am 6. April wurden die Entgeltanpassungen im Geltungsbereich des TVöD vereinbart, nun erfolgt die Auszahlung mit Verspätung. Die betroffenen Beschäftigten haben Ansprüche auf Nachzahlungen.

Der Kommunale Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein hat den Arbeitgebern die entsprechenden Hinweise zur Zahlbarmachung am 2. August zugeleitet.

Die Verzögerung ist unverhältnismäßig und ungerechtfertigt, denn viele Beschäftigte sind auf die erhöhten Entgelte dringend angewiesen,

schreibt der dbb sh in einer Pressemeldung vom 4. August 2025. Diese wurden den Beschäftigten zunächst vorenthalten, weil Details in den Redaktionsverhandlungen strittig waren. Zuletzt ging es insbesondere um die Deckung freiwilliger Arbeitszeitverlängerungen im Krankenhausbereich sowie um Verpflegungskosten für Auszubildende.



Auch wenn sicher nicht die Gewerkschaft für die Verzögerungen verantwortlich ist, Schuldzuweisungen bringen jetzt nichts, so der dbb sh. „Schauen wir nach vorn. Jetzt geht es kon-

kret um die Auszahlung der von den Gewerkschaftsmitgliedern durchgesetzten erhöhten Entgelte. Da sind die Kommunen in der Verantwortung!“

Mecklenburg-Vorpommern

dbb m-v und DSTG kritisieren geplante Änderungen in der Finanzverwaltung

Die geplanten Änderungen der Einstiegsvoraussetzungen sind den Gewerkschaftern ein Dorn im Auge. Standards abzusenken, das sei der falsche Weg, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Ein Blick nach Baden-Württemberg zeige, dass es auch anders geht: Dort sei die Besoldung im Einstiegsamt gezielt auf A8 angehoben worden – mit spürbarem Erfolg. „So gewinnt man qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber“, betont Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb m-v, in einer Pressemitteilung vom 6. August 2025. „Wer Perspektiven schafft, füllt nicht nur Klassenzimmer, sondern auch die Finanzämter.“ Stattdessen schrecken hohe Arbeitsbelastung, mangelnde Beförderungsperspektiven und die Aussicht, im ersten Beförderungsjahr in den Ruhestand zu gehen, viele potenzielle Nachwuchskräfte ab, so Knecht weiter.

„Wer die Zugangshürden senkt, riskiert die Qualität“, erklärt Frank Naumann, Landesvorsitzender der DSTG in Mecklenburg-Vorpommern. „Die Finanzverwaltung ist hochkomplex und anspruchsvoll – sie braucht bestens ausgebildetes Personal, keine kurzfristigen Lösungen. Unser Anspruch muss es sein, die Besten zu gewinnen.“

Naumann kritisiert insbesondere die jüngsten Äußerungen von Finanzminister Geue im OZ-

Pressegespräch: „Der Minister beschädigt mit seinen Aussagen nicht nur den überregional anerkannten Ausbildungsstandard unserer Verwaltung, sondern auch das Ansehen der Finanzverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns insgesamt. Erste interne Rückmeldungen aus den Ämtern bestätigen diese Sorge.“

„Wir erwarten von Minister Geue, dass endlich konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Attraktivität unserer Verwaltung zu steigern – sowohl für neue Kolleginnen und Kollegen als auch für das Bestandspersonal“, ergänzt Frank Naumann.

Die Finanzverwaltung verdient motivierte und qualifizierte Beschäftigte – dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Der dbb m-v und die DSTG fordern daher eine moderne, zukunftsorientierte Personalpolitik, die auf Qualität, Wertschätzung und Entwicklungsperspektiven setzt. „Attraktivität entsteht nicht durch Abstriche, sondern durch Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen“, so das gemeinsame Fazit.

Nordrhein-Westfalen

„Wer das Berufsbeamtentum in Frage stellt, will einen anderen Staat“

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion kritisiert die Forderung des CDU-Generalsekretärs, Carsten Linnemann, das Berufsbeamtentum auf hoheitliche Kernaufgaben, wie Polizei und Finanzverwaltung, zu reduzieren.

Hierzu der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, am 4. August 2025: „Die Beamtinnen und Beamten in Bund, Land und Kommunen sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und Garant für Freiheit und Demokratie. Nicht nur Sicherheit, Soziales und Bildung wären gefährdet, auch die Schaffung wirtschaftlicher Grundlagen für unseren Wohlstand wären kaum möglich. Wer

das Berufsbeamtentum in Frage stellt, will einen anderen Staat.“

Inzwischen dürfte landläufig bekannt sein, dass Beamtinnen und Beamte, im Rahmen ihrer Treuepflicht gegenüber ihrem „Dienstherrn“, einem in unserer Verfassung verankerten Streikverbot unterliegen. Für die Gesellschaft ist das auch gut so. Unvorstellbar, was



es für ein Chaos im Land geben würde, wenn zum Beispiel Feuerwehrleute, Lehrpersonal und Ordnungskräfte streiken würden. Roland Staude: „Als viele ‘Bahnerinnen’ und ‘Bahner’ noch verbeamtet waren, haben die Leute zwar auch schon über die Bahn gemeckert, statistisch fuhren die Züge aber pünktlicher und zuverlässiger als heute.“

Zu Linnemanns konkreter Forderung, Lehrkräfte müssten nicht verbeamtet sein, empfiehlt Staude, mit Blick auf die anstehende Tarifrunde der Landesbeschäftigten im kommenden Winter, dem CDU-Generalsekretär ein ernstes Gespräch mit vollberufstätigen Eltern zu führen, die dann für die streikbedingte Betreuung ihrer schulpflichtigen Kinder Urlaub nehmen müssten: „So oder so, kann sich Carsten Linnemann dann warm anziehen und die öffentliche Meinung sieht plötzlich wieder ganz anders aus“, so Roland Staude. Die Eltern könnten jetzt jedoch sicher sein, dass auch der Staat seiner Verpflichtung nachkommt „das Recht auf Bildung“ von Kindern und Jugendlichen stets zu gewährleisten.

Die Einbeziehung der Beamtenschaft in die sozialen Sicherungssysteme würde zu einem Kollaps der Haushalte von Land und Kommunen führen, einerseits durch den vom „Dienstherrn“ zu erbringenden Arbeitgeberanteil und, angesichts der bereits jetzt schon strittigen Verfassungsmäßigkeit der Beamtenbesoldung, zugleich auch für den entsprechenden Ausgleich, welcher für den von Beamtinnen und Beamten zu zahlenden Arbeitnehmeranteil erforderlich wird.

Für Staude kommt die ganze Diskussion zur Unzeit: „Unter anderen Umständen wären wir Carsten Linnemann sogar dankbar dafür gewesen, die Diskussion über Bedeutung, Umfang und Notwendigkeit des Berufsbeamtentums für einen funktionsfähigen Staat in die öffentliche Wahrnehmung getragen zu haben, angesichts der gegenwärtig zu überstehenden Multikrisen führt eine solche Diskussion nur zur Spaltung der Gesellschaft und das möchte keiner.“

Sachsen-Anhalt

Bildung ist und bleibt hoheitlich

Mit deutlichen Worten reagiert der dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt auf die jüngsten Äußerungen von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann.

„Wer Lehrerinnen und Lehrer, Hochschulprofessorinnen und -professoren sowie Verwaltungsmitarbeitende künftig vom Beamtenstatus ausschließen will, gefährdet die Leistungsfähigkeit unseres Staates“, sagt Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, in einer Pressemitteilung vom 4. August 2025. „Diese Berufsgruppen sichern tagtäglich die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Gerade Bildung ist eine zutiefst hoheitliche Aufgabe – sie verdient Schutz, nicht Abwertung.“

Die Verbeamtung sei kein Privileg, sondern ein Garant für Kontinuität, Neutralität und Zuverlässigkeit im öffentlichen Dienst. „In Zeiten ge-

sellschaftlicher Polarisierung braucht unser demokratischer Rechtsstaat ein starkes Rückgrat – und das sind seine Beamtinnen und Beamten“, so Stock weiter.

Finanzielle Vorteile durch eine Entbeamtung hält der dbb sachsen-anhalt für illusorisch: „Wer glaubt, dadurch zu sparen, verschließt die Augen vor langfristigen Mehrkosten durch höhere Personalausgaben, Streikrisiken und sinkende Attraktivität des öffentlichen Dienstes.“ Der dbb sachsen-anhalt fordert die Landesregierung und alle Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt auf, sich klar zum Berufsbeamtentum zu bekennen und einer Einschränkung der Verbeamtung deutlich zu widersprechen.



Thüringen

Plädoyer für Beamte in allen hoheitlichen Bereichen

Dass CDU-Generalsekretärs Carsten Linnemann das Berufsbeamtentum bei Lehrern und Feuerwehrleuten infragestellt, verwundert den Thüringer Beamtenbund (tbb).

Vor allem die Lehrer standen im Fokus der Linnemann-Debatte. Was im Bund als Thema aufgeworfen wird, führt zu Irritationen in Thüringen, die der tbb in einer Pressemitteilung vom 7. August 2025 darlegt.

Der Freistaat Thüringen verbeamtet seit 2017 wieder im Allgemeinen seine Lehrerinnen und Lehrer. Dieser Schritt war mehr als überfällig gewesen, um die Abwanderung in andere Bundesländer zu entgegnen, unterstreicht der tbb. Denn wer als Pädagoge einmal weg ist, bleibt meistens auch weg und steht den Thüringer Bildungsbereich als Beschäftigter nicht zur Verfügung und fehlt. Seit Jahren hat der Lehrerbereich einen Fachkräftemangel. Dennoch verrichten die Lehrerinnen und Lehrer einen anstrengenden Job, kompensieren hier und da und Agieren vor allem zum Wohle der Bildung unserer Kinder und unserer Zukunft.

Wie schaut es bei der Debatte um die Berufsfeuerwehrleute als Beamte aus? Auch hier zeigt der tbb absolutes Unverständnis für die aktuelle Denkweise von Herrn Linnemann. Verbeamtete Berufsfeuerwehrleute dürfen nicht streiken. Der tbb: „Stellen Sie sich vor, es brennt und die Feuerwehrleute der Berufsfeuerwehr im Brand- und Katastrophenschutz hätten als tarifbeschäftigte Angestellte ein Streikrecht in den Tarifrunden und der nächste größte Waldbrand seit Jahrzehnten in Thüringen lodert auf den trockenen Feldern.“

Der tbb fordert: „Statt Sommerdebatten zu produzieren, sollte die Diskussion sachlich geführt werden. Es bedarf einer verantwortungsvollen Finanzpolitik von Bund und Land, die die langfristigen Verpflichtungen gegenüber Beamten anerkennt und entsprechend vorsorgt.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Nach Spendenaktion: Reiß von Anteilnahme überwältigt

Nach dem tragischen Unfall im baden-württembergischen Kreis Biberach, bei dem zwei Eisenbahner und eine weitere Person tödlich verunglückten, hat die Anteilnahme eine Welle der Solidarität ausgelöst.

Die GDL dankt allen, die ihre Anteilnahme auf unterschiedlichstem Weg bekundet haben ganz herzlich, schreibt die Gewerkschaft in einer Pressemitteilung vom 1. August 2025.

Kolleginnen und Kollegen sowie GDL-Ortsgruppen vor Ort haben spontan eine Spendenaktion für die Hinterbliebenen ins Leben gerufen, so die GDL. Innerhalb weniger Tage sei durch die beeindruckende Unterstützung aus der Eisenbahnergemeinschaft sowie von zahlreichen externen Unterstützerinnen und Unterstützern ein unglaublicher Gesamtbetrag zu-

sammengekommen. Über 1.500 Menschen haben sich zusätzlich zu der Anteilnahme an der Spendenaktion beteiligt. Die gesammelten Mittel werden zeitnah zu gleichen Teilen an die Familien der beiden Eisenbahner übergeben. Die Aktion ist damit abgeschlossen.

Der Bundesvorsitzende der GDL Mario Reiß zeigt sich von der Anteilnahme überwältigt: „In der Eisenbahnerfamilie steht man füreinander ein – besonders in den dunkelsten Stunden. Diese überwältigende Resonanz zeigt, was uns verbindet: Respekt, Solidarität und Menschlichkeit.“



Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) **Schattenwirtschaft umfassend bekämpfen!**

Die Politik muss die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gezielt stärken, fordert der BDZ. Nur so lässt sich der durch Sozialleistungsmissbrauch entstehende volkswirtschaftliche Schaden in Milliardenhöhe effektiv bekämpfen.

„Kürzungen beim Bürgergeld bringen wenig, wenn der eigentliche Missstand, der Missbrauch von Leistungen, unzureichend bekämpft wird. Entscheidend ist, dass vorhandene Mittel zielgerichtet zur Missbrauchsbekämpfung eingesetzt werden“, erklärte Thomas Liebel, Bundesvorsitzender des BDZ, am 5. August 2025.

Die Ausgaben für das Bürgergeld sind im Jahr 2024 auf fast 50 Milliarden Euro gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist eine Diskussion um die Bekämpfung mafiöser Strukturen und bandenmäßigen Betrug beim Bürgergeld und mehr Härte gegen Arbeitsverweigerer entbrannt. Union und SPD versprechen sich von Kürzungen beim Bürgergeld Einsparungen für den klammen Bundeshaushalt.

Aus Sicht des BDZ muss die Perspektive in dieser Diskussion geweitet werden. Reformen beim Bürgergeld sind dringend notwendig, reichen aber allein nicht aus. Wer ernsthaft Sozialbetrug bekämpfen und dem Bundeshaushalt Milliardeneinnahmen sichern will, muss die Schattenwirtschaft insgesamt stärker in den Blick nehmen. Infolge der schlechten Wirtschaftslage wird der Umfang der Schattenwirt-

schaft nach Schätzung des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) auf ca. 500 Milliarden anwachsen. Zum Vergleich: In ihrer Haushaltsplanung will die Regierung im kommenden Jahr zunächst nur 1,5 Milliarden Euro beim Bürgergeld einsparen.

Vor diesem Hintergrund muss aus Sicht des BDZ die für die Bekämpfung von Missbrauch und Schwarzarbeit zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gezielt gestärkt werden.

Der BDZ fordert daher von der Bundesregierung: Spürbare Investitionen in zusätzliche Stellen bei der FKS, die Bereitstellung moderner Einsatzmittel für die tägliche Arbeit vor Ort sowie eine beschleunigte Digitalisierung, um Kontrollprozesse zu optimieren und Betrugsfälle schneller zu erkennen und effektiver zu bekämpfen.

Der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel resümierte: „Nur mit ausreichender Ausstattung kann die FKS Betrugsstrukturen nachhaltig aufdecken und Sozialleistungen schützen. Einsparungen dürfen nicht zur Folge haben, dass Leistungsberechtigte unter Generalverdacht geraten, während Täter weiterhin Lücken ausnutzen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) **Bundesverfassungsgericht stellt Polizeiarbeit zur Terrorbekämpfung sicher**

Die DPoIG begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur grundsätzlichen Zulässigkeit von (Quellen-)Telekommunikationsüberwachung und zur Online-Durchsuchung.

In Zeiten terroristischer Bedrohungen brauchen Ermittlungsbehörden wirksame Instrumente, sowohl zur Gefahrenabwehr als auch zur Strafverfolgung, unterstrich der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt in einer Pressemitteilung vom 7. August 2025: „Die terroristische Bedrohungslage ist hoch und das wird auch in der Zukunft erst einmal so bleiben“, sagte er. „Religiöse, politische und andere Fanatiker überall auf der Welt nutzen jede Gelegenheit, mit ihren mörderischen Attacken Öffentlichkeit zu erzielen und Angst und Schre-

cken in der Welt zu verbreiten. Das Bundesverfassungsgericht stellt in seiner Entscheidung sicher, dass der Rechtsstaat die Bevölkerung vor den Gefahren des Terrorismus und gleichzeitig ihre Grundrechte schützen kann.“

Wendt wies außerdem darauf hin, dass verschleierte Telekommunikation häufig genutzt werde, um Absprachen und gemeinsames Handeln vorzubereiten. „Das ist bereits der Moment, in dem der Staat eingreifen muss, um größeren Schaden zu verhindern.“

Dazu zähle auch die Online-Durchsuchung sowie der Einsatz sogenannter Staatstrojaner, auch wenn das Gericht strengere Grenzen gesetzt habe. Wendt zeigte sich überzeugt, dass die Terrorbekämpfung und Strafverfolgung

durch die Entscheidung weiterhin gewährleistet seien. „Das Bundesverfassungsgericht lässt den Staat nicht schwach erscheinen, sondern stärkt ihm mit dieser Entscheidung den Rücken.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Die Geister, die sie riefen**

Der VBE empfindet den Vorstoß von Carsten Linnemann als „Frechheit“ und betont die Bedeutung des Beamtenstatus.

„Der Beamtenstatus der Lehrkräfte in Deutschland ist eine wichtige Säule gegenseitiger Sicherheit – sowohl für den Staat als auch für die Lehrkräfte“, sagte Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), am 5. August 2025 mit Blick auf den Vorstoß von Generalstaatssekretär Carsten Linnemann (CDU), zukünftig nur noch in den Bereichen Polizei, Justiz, Finanzbehörden und Zoll zu verbeamten. „Nach Jahren der dauerhaften Überlastung und angesichts des eklatanten Personalmangels an Schulen ist der Vorstoß der Bundesregierung nicht nur eine Frechheit, sondern auch ein unsinniger Bären dienst für die Attraktivität des gesamten Berufsfeldes. Wo stünden unsere Schulen heute, wenn die Lehrkräfte nicht trotz teils desolater Voraussetzungen stets ihren Teil der Verpflichtung erfüllt hätten, die sie mit der Verbeamtung

eingegangen sind? Wenn die Regierung ernsthaft darüber nachdenkt, dieses wichtige gegenseitige Fürsorgeverhältnis einseitig aufzukündigen, werden die Konsequenzen für die Bildungslandschaft in unserem Land unabsehbar sein.“

Brand fährt fort: „Insbesondere in Zeiten, in denen sich radikale politische Forderungen zunehmender Beliebtheit erfreuen, brauchen wir mehr Sicherheit für unser gesellschaftliches Miteinander. Anstatt dies zu fördern und die vielleicht wichtigste Stütze einer demokratischen Gesellschaft – eine gute Bildung – zu stärken, kann eine solche bewusst gesetzte Forderung mittel- und langfristig Schaden anrichten.“

Namen und Nachrichten

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit von Schwerbehinderten für den Bereich des Arbeitgeberverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg (**TV ATZ BW**) wurde auf Initiative des dbb in Zusammenarbeit mit dem BBW erneut verlängert. Bei der Unterzeichnung am 30. Juni 2025 haben sich der dbb sowie das Finanzministerium Baden-Württemberg auf die Fortführung der tarifvertraglichen Regelung verständigt. Der Wechsel in die finanziell abgesicherte Altersteilzeit ist damit bis zum 31. Dezember 2030 weiterhin möglich. Andreas Hemsing, zweiter Bundesvorsitzender dbb und Fachvorstand Ta-

rifpolitik, bezeichnete die Einigung als „ein starkes Zeichen für Inklusion, Teilhabe und Respekt im öffentlichen Dienst“. Mit der Verlängerung der tarifvertraglichen Grundlage bleibt schwerbehinderten Beschäftigten auch über das Jahr 2025 hinaus der gleitende Übergang in die gesetzliche Rente tariflich abgesichert möglich. BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger begrüßt die Einigung, insbesondere auch die frühzeitige Verlängerung der Altersteilzeitregelung fünf Monate vor Ablauf des Tarifvertrages. Er sprach von einem „klaren Bekenntnis zu fairen Arbeitsbedingungen“ für das Land Baden-Württemberg.